

22. Infobrief

**Achtung: Osterspaziergang 7.4.07 um 10:30, Startpunkt Freester Straße, Ortsende Lubmin,
anschließend Kundgebung gegen Kraftwerkspläne mit prominenten Rednern**

März 2007

Nichts ist in Sack und Tüten

Lubmin, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, wird zu einem Thema in der Region und im Lande. Der Konflikt um die richtige Entwicklung Lubmins und der Region hat mit den Plänen für ein Steinkohlekraftwerk aus bis zu drei Blöcken mit jeweils 825 Megawatt Leistung eine neue Dimension gewonnen. Als es nur um Sägewerke und Müllverbrennungsanlagen ging, konnten Greifswalder, Rügäner und Usedomer sich noch unbehelligt wähnen. Manch einer mochte mit der vagen Aussicht auf Arbeit sogar eine Hoffnung für die eigene Existenz verbinden. Dies hat sich geändert. Der Hafen, gebaut unter dem Vorwand der Industrieansiedlung, droht zum wirtschaftlichen Debakel zu werden. Die letzte Aussicht auf Wahrung des Gesichtes verheißt ein Steinkohlekraftwerk. Der Standort könnte besser nicht gewählt sein: im einzigen Seebad am Greifswalder Bodden, wenige Kilometer westlich der Insel Usedom und in guter Sichtweite des südöstlichen Teils Rügens.

All das ist sicher schön für die Bauteams und die künftige Betriebsmannschaft - samt und sonders Spezialisten aus allen Teilen der Republik und Europas. Weniger erfreulich ist es für die Region, die ein Großteil ihres Einkommens im Fremdenverkehr erwirtschaftet. Die ca. 110 Arbeitsplätze, die im Kraftwerk dauerhaft entstehen, könnten durch die Verluste im Tourismus leicht zunichte gemacht werden. Lange Monate hatte die BI „Zukunft Lubminer Heide“ als einsamer Rufer in der Wüste gestanden. Nun aber formiert sich der Widerstand. NABU, WWF, BUND und andere, regionale umweltorientierte Verbände haben erste Schritte zu einer koordinierten Zusammenarbeit unternommen. Bündnis90/Die Grünen unterstützen den Widerstand. Die PDS könnte sich anschließen. Die SPD Usedom hat in der Landespartei eine Beschlussvorlage auf den Weg gebracht, in der das Kraftwerksprojekt abgelehnt wird. Der Unmut reicht bis auf das Betriebsgelände der EWN. Auf Usedom sowie dem Festland Ostvorpommerns läuft eine Unterschriftenaktion, die sich großer Resonanz erfreut.

Die Bedenken gegen das Projekt hatte die Landesregie-

rung unschwer vorausgesehen. Sie verhängte um die Jahreswende 2006/2007 eine regelrechte Nachrichtensperre, die der BI eine nie gekannte Medienpräsenz bescherte. Mit großem Trommelwirbel wurde am 12.01.2007 schließlich der Schleier der Geheimniskrämerei gelüftet und auf einer Pressekonferenz von Ministerpräsident, Wirtschaftsminister und dem Minister für Verkehr, Bau und Landesentwicklung sowie Repräsentanten des Investors verkündet, was zu jenem Zeitpunkt längst alle wussten: ein Kohlekraftwerk soll gebaut werden.

Sinn der Pressekonferenz war nicht, die Bürger zu informieren. Vielmehr sollte der Eindruck erweckt werden, alles sei bereits gelaufen. Beschlüsse gefasst - Verträge unterschrieben - Genehmigungen werden vom eilfertigen Wirtschaftsminister im Schnellverfahren erteilt. Kurzum: Widerstand zwecklos!

Diese Einschätzung, der sich möglicherweise die Landesregierung selbst hingibt, ist aus einer Reihe von Gründen unzutreffend:

1. Nach wie vor gilt für das betreffende Industriegelände der B-Plan Nr. 1, dessen Eckdaten die Errichtung des Steinkohlekraftwerkes eindeutig nicht zulassen. Dieser B-Plan muss erst geändert werden, und zwar auf dem üblichen Amtswege und mit Abstimmung im Zweckverband. Vor allem die Krösliner Vertreter werden sich fragen müssen, ob ihre Bürger ein solches Projekt tatsächlich wollen.
2. Als nächsten Schritt gilt es das Planfeststellungsverfahren zu durchlaufen. Da von dem Projekt aber ein europäisches Vogelschutzgebiet direkt betroffen ist, wird dieses Verfahren zumindest in Teilen vor der EU-Kommission ablaufen, wo man sich neuerdings auch erhöht Sorgen um den Treibhauseffekt macht.
3. Gegen den Planfeststellungsbeschluss kann jeder, der sich durch das Vorhaben beeinträchtigt sieht, den Klageweg beschreiten.

Bei alledem ist die Zeit für den Investor ein kritischer Faktor. Aufgrund des Kyoto-Protokoll ist der CO₂-Ausstoß grundsätzlich gebührenpflichtig. Die Energieerzeuger benötigen dafür ein Zertifikat, das man für viel Geld kaufen muss. Hierbei gilt es nun, sich ein besonderes Schnäppchen zu sichern. Der Staat verteilt Gratiszertifikate für Neuanlagen, die im Zeitraum 2008-2012 in Betrieb gehen. Auf solch ein Gratiszertifikat hat es auch der Investor im Falle Lubmins abgesehen. Zieht sich das Geneh-

migungsverfahren in die Länge oder finden sich Bürger, die gegen das Kraftwerk langwierige Gerichtsprozesse erzwingen, so könnte das Projekt ein jähes Ende finden. Wird die Landesregierung dann zur Besinnung kommen und aus der Hypnose durch die Aufschwung, Arbeit und Steuern versprechende EWN-Leitung erwachen? Sie erfahren es vielleicht in einer anderen Ausgabe dieses Infobriefes.

Die wahre Geschichte: Warum braucht Lubmin ein Steinkohlekraftwerk?

Lubmin steht mit seinem „Energie- und Technologiestandort“ seit Wochen wieder einmal ganz oben in den Schlagzeilen der Presse und bei Polit-Talk-Shows der Landesregierung: *„Ab 2008 wird ein Steinkohle-KW durch DONG gebaut, das spätestens 2010 ans Netz geht.“* Bisher mussten immer zwei Gaskraftwerke für derartige spektakuläre Meldungen herhalten, aber daran glaubt nun selbst die EWN-Leitung nicht mehr. Aber warum nun gerade Steinkohle? Warum nicht Säbelrasseln mit Solarstrom, Offshore-Windkraft oder Bioenergie? Weil Und nun kommt die wahre Geschichte.

Sie beginnt 1994 mit dem Zwischenlager Nord (ZLN), das vorgeblich nur für den Atommüll aus Lubmin und Rheinsberg bestimmt sein sollte. Merkwürdigerweise aber wurde es doppelt so groß wie für den Abfall dieser beiden Standorte benötigt. Offensichtlich wollte man auch Material aus anderen deutschen Kernkraftwerken bearbeiten und einlagern.

Weiter in das Jahr 1998. Castor-Behälter rollen und schwimmen vom KKW Grundremmingen nach LaHague. Die Absicherung der Transporte verschlingt zigmillionen DM für den Polizeischutz. Wollte man einst solche Transporte nach Lubmin in das schöne, viel zu groß neugebaute ZLN in Kröslin unternehmen, der Landweg wäre noch länger und teurer. Also: Der Seeweg wird sicher nicht so mit feindlichen Demos gepflastert sein. So entsteht bereits 1998 bei den EWN die Idee für einen Hafen mit Gleisanbindung zum ZLN. Doch: So ein Vorhaben ist weder publikumsfreundlich noch genehmigungsfähig. Also: Der Kühlwasserkanal des alten KKW wird für die beiden Gaskraftwerke saniert, ausgebaut und als solcher auch genehmigt. Doch als die Bauarbeiten bereits vergeben sind, werden Finanzprüfer auf das Bauvorhaben aufmerksam, und die Finanzierung gerät in Gefahr.

Also: Das Wirtschaftsministerium bietet kurzfristig Hilfe mit Fördermitteln an, die aber nur eine kommunale Körperschaft erhalten darf.

Also: Wird quasi über Nacht der Zweckverband „Energie- und Technologiestandort Freesendorf“ (ETF) gegründet, der als Zuwendungsempfänger fungieren muss. So wird der Kanalausbau als „Infrastrukturmaßnahme“ verpackt, und das Land kann über 40 Mio Euro an Fördermitteln fließen lassen. Als der „Auslaufkanal“ fertiggestellt ist,

stellt man plötzlich fest, dass ja auch größere Schiffe da hinein fahren und anlegen können.

Also: Das gleiche geldgebende Ministerium widmet den Auslaufkanal in einen Hafen um und erreicht so, dass ein aufwändiges Planfeststellungsverfahren mit langwierigen Umweltuntersuchungen, wie es das Gesetz für Hafenneubauten vorsieht, umgangen und eingespart werden kann. Seit 2004 träumt der schöne Hafen nun von großen Ozeanriesen und Kreuzfahrtschiffen, die ihn besuchen. Doch stattdessen modert ein Stapel Altholz an seiner Kaikante vor sich hin, dass zur medienwirksamen Einweihung am 9.8.2006 über Nacht schnell nach der Potjomkinschen Methode dort abgeladen wurde. Angler lassen die Beine baumeln und warten auf des warme Kühlwasser, das fette Fische anlockt.

Also: Peinliche Fragen muß sich der geldgebende Alt-Wirtschaftsminister und Neu-Bauminister Dr. Otto Ebneth gefallen lassen, was denn aus den 40 Mio Euro und den versprochenen 300 bis 1.000 Arbeitsplätzen in Lubmin geworden sei? Erste Investoren wie Ecanol und MAB werden freudig begrüßt. Doch: ihre Produktion rechtfertigt noch lange nicht den großen Hafen, falls sie vielleicht einmal im Monat einen Teil ihrer Produkte über die Kaikante auf die Reise schicken oder ebenso häufig Rohmaterial darüber erhalten.

Also: Ein ständiger Materialstrom mit zwei bis drei großen Frachtern pro Tag wäre da schon besser. Das könnte selbst ein Sägewerk nicht garantieren. Ein Kohlekraftwerk mit ca. 2,5 Mio. t Kohle, Asche, Kalk und Gips pro Block wäre da genau das Richtige. Ein Projektentwickler (WV Energie) ist bald gefunden und überredet. Den Zweckverbandsgemeinden werden schwindelerregende Steuereinnahmen in Aussicht gestellt, damit sie nur nicht auf die Idee kommen, selbst zu überlegen, welche Nachteile solch ein Kraftwerk auch mit sich bringen kann. Obwohl der bestehende B-Plan den Bau eines solchen Kraftwerkes ausschließt, wird auch schnell mit der Planung begonnen; denn die Landesregierung verspricht, alle notwendigen Änderungen und Genehmigungen abzusichern. Schließlich liegt das Steinkohlekraftwerk im ureigenen Interesse der Landesregierung, hilft es ihr doch aus der peinlichen Misere mit den verschwendeten Fördermillionen. Endlich ein tiefes Durchatmen bei

Herrn Dr. Ebnet und ein großes Lob auf seine weise Entscheidung, in Lubmin einen Hafen bauen zu lassen - eine typisch politische Entscheidung.

Und die Moral von der Geschichte: Mit dem Steinkohlekraftwerk soll eine politische und wirtschaftliche Fehlentscheidung vertuscht und kaschiert werden. Denn: für die benötigten 115 Arbeitsplätze werden hochquali-

fizierte und spezialisierte Fachkräfte gebraucht. Da wird kein Langzeitarbeitsloser aus der Region in eine DONG-Firmenkluft schlüpfen können. Und: Der Strom wird hier nicht benötigt, und schon gar nicht welcher aus fossilen Brennstoffen, der die Region zur Abgasschleuder Nr. 1 in Deutschland werden lässt und die doch so gern gesehene Urlauber schnell auf Nimmerwiedersehen vertreibt.

Verkehrskollaps in OVP - Kröslin, Freest, Spandowerhagen, Eldena...

Die großartigen Industrialisierungspläne in der Lubminer Heide bezwecken nicht allein die Schaffung neuer Arbeitsplätze, sondern sie ziehen auch eine Reihe logistischer Probleme nach sich. Glaubt man den Triumphmeldungen aus Zweckverband und EWN-Leitung, so soll die Firma ECANOL noch in diesem Jahr den Betrieb aufnehmen und 60.000 t Biodiesel aus ca. 155.000 t Raps herstellen. Dazu kommen noch die Nebenprodukte wie Rapsschrot und Glycerin. Dies alles muss in die Lubminer Heide und wieder zu den Kunden zurück transportiert werden. Bei einer Fracht von 20 t pro Laster macht das im Jahr 15500 LKW-Bewegungen auf der Landesstraße L262, also durchschnittlich 62 pro Arbeitstag.

Verglichen mit den weiteren Ansiedlungsplänen ist das noch recht wenig. Wenn erst die Firma CHOREN oder gar ein Steinkohlekraftwerk ihren Betrieb aufnehmen, dann wird es auf unseren Straßen eng. Hauptbetroffene von diesen Verkehrsbewegungen sind nicht die Lubminer, sondern die Ortschaften Spandowerhagen, Freest und Kröslin mit ihren schmalen Ortsdurchfahrten.

CHOREN wird 2 Millionen Tonnen (vor Trocknung) Biomasse (Holz, Stroh, etc.) zu seinem Werksgelände transportieren. Ein Teil dieser Transportleistung könnte über den vorhandenen Industriehafen abgewickelt werden. Dagegen spricht aber eine langjährige Spur von Medienverlautbarungen, wonach CHOREN nur im Notfall Waldholz verarbeiten will (z.B Spiegel 40/2004). Normalerweise will man Stroh, Erntereste, Altholz und gezielt für das Unternehmen angebaute Kurzumtriebspflanzen aus der Region verwenden. Schließlich wäre die Verflüssigung unserer Naturwälder ein schlechter Beitrag zur immer drängenden Klimaproblematik.

Bei einem Bedarf von 2.000.000 t Biomasse und 20 t pro Laster ergibt sich nur für den Antransport des Rohmateri-

als in die Lubminer Heide ein Aufkommen von 100.000 LKW pro Jahr, macht 400 LKW pro Arbeitstag. Teile der benötigten Biomasse könnten über den Gleisanschluss kommen. Das würde die Belastung der Straßen mindern, brächte dafür aber zusätzlichen Lärm seitens der Bahntrasse, die entlang der B-Plan-Grenze verlaufen soll.

Zu Buche schlägt auch das geplante Steinkohlekraftwerk. Der Investor rechnet laut Scoping-Unterlagen und Presseerklärungen damit, auf dem Weltmarkt die billigsten Kohlen mit entsprechend mittelmäßigem Heizwert zu beziehen. Aufgrund des hohen Ascheanteiles wäre mit einem Transportaufkommen für Gips sowie für Asche und Ascheprodukte (Zement?) in einer Größenordnung von 1 Mio. t pro Jahr zu rechnen. Auch hiervon kann ein Teil auf der Straße landen.

Ein Verkehrskonzept für solche Szenarien wurde bis jetzt überhaupt nicht erarbeitet, obwohl ECANOL noch in diesem Jahr den Betrieb aufnehmen soll und CHOREN in zwei bis drei Jahren folgen will. Die Problematik könnte sich verschärfen, wenn die EWN einen Investor für das einst für Abengoa vorgesehene Grundstück finden. Es ist kein Geheimnis, dass die EWN-Leitung die Zukunft Ostvorpommerns in energie- und rohstoffintensiven Wirtschaftsformen sieht.

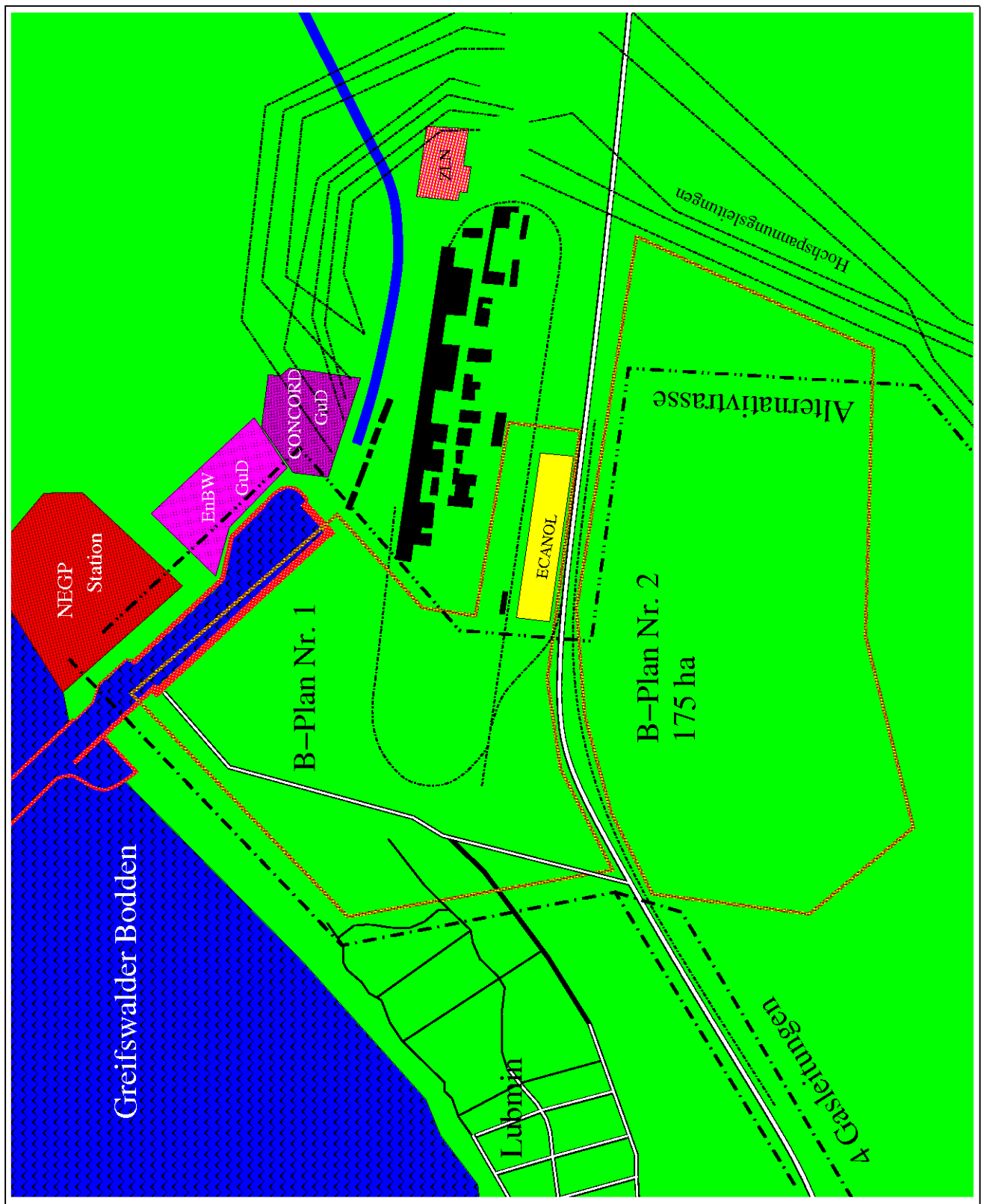
Man kann sich das so vorstellen: eine Armada von Lastkraftwagen fährt aus einem Einzugsgebiet von Anklam über Demmin bis Stralsund sämtliche verfügbaren Rohstoffe nach Lubmin und muss dazu die beiden Nadelöhre Kröslin/Freest/Spandowerhagen und Greifswald/Eldena passieren. Wenn dann in der Haupterntezeit noch die restlichen verbliebenen Touristen die Straßen bevölkern, wird es für die Einheimischen Zeit, auf das Fahrrad umzusteigen, denn nur so kommt man dann unter zwei Stunden von Lubmin nach Greifswald.

Bürgerinitiative begrüßt Metallbaufirmen

Auf der Mitgliederversammlung der BI vom 29.1.2007 wurde eine Resolution verabschiedet, in der die Ansiedlung der Metallbaufirmen MAB, Liebherr, etc. in der Maschinenhalle des stillgelegten Kraftwerkes begrüßt wird:

Die BI „Zukunft Lubminer Heide“ e.V. begrüßt die Ansiedlung der Firma MAB sowie weiterer Metall ver-

arbeitender Firmen in der Generatorenhalle des stillgelegten Kernkraftwerkes. Durch dieses Projekt werden Arbeitsplätze geschaffen, die zu einem erheblichen Teil durch Arbeitssuchende aus unserer Region besetzt werden könnten. Bedingt durch die Ansiedlung auf dem eigentlichen KKW-Gelände sieht die BI keine Beeinträchtigung der Natur und des Landschaftsbildes.



Übersichtskarte B-Plan Nr.1, B-Plan N. 2, sowie verschiedene Trassierungsmöglichkeiten für die „Lubminer“ Pipelines.

B-Plan Nr. 2

Manche Leute können den Hals nicht voll genug bekommen. Der „Synergiepark Lubminer Heide“ ist noch nicht annähernd ausgebucht, da taucht aus den Landesministerien für Wirtschaft und Infrastruktur die Forderung nach

einer Erweiterung des Industriegebietes auf. Es riecht nach der berühmten zweiseitigen Investorenliste. Minister Ebnet hat sie anscheinend wieder kurz sehen dürfen.

Die Erweiterungspläne sind alles andere als bescheiden.

Gewünscht wird die Verplanung des gesamten verfügbaren Waldes südlich des EWN-Geländes. Dabei handelt es sich um eine Fläche von ca. 175 ha. Sie ist begrenzt durch die L262 im Norden, eine Reihe von Hochspannungstrassen im Osten, ein Feuchtgebiet im Süden und die Müllkippe im Westen. Es ist die größtmögliche Fläche, die anhand der genannten Randbedingungen herangezogen werden kann. Praktisch der gesamte Südwald würde verschwinden. Die Flächen gehören zu etwa gleichen Teilen zum Gebiet der Gemeinden Rubenow und Lubmin, beides Mitglieder in den Zweckverbänden „Lubminer Heide“ und „Energie- und Technologiestandort Freesendorf“. Ausgleichsflächen wären weder in Ortsnähe, noch in der weiteren Region vorhanden.

Die geschilderten Erweiterungspläne erfreuen sich einer gewissen Skurrilität, wenn man bedenkt, dass entgegen aller vollmundigen Aussagen von EWN-Leitung und Wirtschaftsministerium die Flächen des jedem Lubminer bekannten B-Planes Nr. 1 nach gegenwärtiger Sachlage nicht ausgelastet sind.

1. Die Firma CHOREN, die ein Grundstück im nordwestlichen Teil des Industriegebietes gekauft hat, geht vielleicht gar nicht nach Lubmin, sondern nach Dormagen oder Brunsbüttel. Dabei könnte eine Rolle spielen, dass sich gezeigt hat, dass die geplante Anlage mit dem existierenden B-Plan nicht annähernd vereinbar ist.
2. Die Firma ABENGOA, von der in den Tagen vor der Landtagswahl erzählt wurde, sie wolle in Lubmin Bioethanol fabrizieren, geht nach Rostock.
3. Gegen das Steinkohlekraftwerk der Firma DONG Energy hat sich heftiger Widerstand formiert, der bereits Usedom und weite Teile des Ostvorpommerschen Festlandes erfasst hat. Andere Investoren haben ihre Koffer schon aus geringerem Anlass gepackt.

Immer mehr Pipelines...

Bei den Diskussionen über die Waldverluste durch die Bauungspläne 1 und 2 werden meist die Auswirkungen der geplanten Gasanlagen und -leitungen vergessen.

Der größte Posten beim Flächenverbrauch ist die nordöstlich des Hafens gelegene Anlandestation der Ostseepipeline mit 24 ha. Auf die beiden genehmigten Gaskraftwerke entfallen ca. weitere 20 Hektar nordöstlich des Hafens. Der größte Teil davon ist ebenfalls Wald.

Zur Versorgung der beiden geplanten Gaskraftwerke mit Gas aus der bestehenden „Drushba“-Leitung sind bisher 2 Leitungen vorgesehen:

a) Die Leitung NORDAL der Firma CONCORD mit einem Durchmesser von 1200mm (im Bereiche Lubminer

Welche Unternehmen auch immer das Wirtschaftsministerium auf den neuen Flächen anzusiedeln hofft, zunächst muss dafür ein B-Plan her. Ursprünglich hatte die Landesregierung sich die Sache ganz einfach vorgestellt. Während der urlaubsbedingten Abwesenheit des Lubminer Bürgermeisters sollte in den beiden betroffenen Gemeinden in einer Nacht- und Nebelaktion die Abtretung der Planungshoheit an den Zweckverband beschlossen werden.

Dann aber geschah das Unerwartete. Rubenow, das die Vermarktung der Lubminer Flächen im Rahmen des B-Planes Nr. 1 nie allzu kritisch beäugt hatte, zierte sich. „*Hau-Ruck-Aktionen wird es von uns nicht mehr geben*“ konnte man von da auf einmal hören (OZ 7.12.2006). Dem amtierenden Zweckverbandsvorsitzenden wollte man die Verplanung der eigenen Flächen nicht bedingungslos anvertrauen. Operation „Hau-Ruck“ war damit abgeblasen.

Bei den Ministerien für Wirtschaft und Infrastruktur hat nun bis auf weiteres eine üppige Kreidediät Einzug gehalten. „*Nichts wird über die Köpfe der Betroffenen hinweg entschieden*“ (OZ 27./28.01.2007) kommt es im Ton noch etwas krächzend, aber in der Aussprache schon recht flott. „*Die Entscheidung liegt allein bei den Gemeinden.*“

Der Ball liegt unter diesen Umständen bis auf Weiteres bei den Gemeindevertretern. Wird man wieder Lubmin in einen Knebelungsvertrag führen wie damals mit den Zweckverbänden? Wird man den Nachbargemeinden das mehrheitliche Stimmrecht über die eigene Gemarkung übertragen? Wird man der EWN-Leitung vermittels ihrer zuverlässigen Helfer die Planung nach Gutsherrenart anvertrauen? Kurzum: ist nach den Erfahrungen mit B-Plan Nr. 1 noch so viel Puder im Klammersack, dass es noch für ein zweites Mal reicht?

Zumindest in Rubenow scheint es nicht für alle zu langen...

Heide nicht planfestgestellt) von Börnecke nach Lubmin sowie die

b) Leitung 305 der Ruhrgas AG / Verbundnetz AG Leipzig nach Schmölln bei Prenzlau mit 800mm Durchmesser.

In der Genehmigungsphase befindet sich das Ostseepipeline-Projekt. Landseitig ab Lubmin sind dafür zwei Anschlußleitungen vorgesehen:

c) Leitung NEL Richtung Westen nach Achim, Niedersachsen und

d) Leitung OPAL in Richtung Süden nach Olbernhau, Sachsen

Wiewohl die Leitungen a) und b) ursprünglich für die Versorgung der Lubminer Gaskraftwerke beabsichtigt wa-

ren, könnten sie im Zusammenhang mit der Ostseepipeline auch dann realisiert werden, wenn die Gaskraftwerke nicht kommen sollten. Die Leitungen würden dann zur Weiterverteilung des durch die Ostseepipeline ankommenden russischen Gases innerhalb Deutschlands beitragen.

Für die Verlegung der **Erdgasleitung 305** wird ein Arbeitsstreifen von 26 m Breite gebraucht, der nötigenfalls über kurze Strecken auf 10 m eingeengt werden kann. Beiderseits der Leitung ist ein Schutzstreifen von 5 m zu gewährleisten. Am Zielpunkt Lubmin ist eine Messstation vorgesehen.

Die **Erdgasleitung NORDAL** sollte mit einem Durchmesser von 800 mm ursprünglich, wie die Leitung 305, zur Versorgung der Gaskraftwerke dienen. Mit Bekanntwerden des Ostseepipeline-Projektes wurde von CONCORD eine Erhöhung des Leitungsdurchmessers von 800 auf 1200 mm beantragt, um Gas auch in umgekehrter Richtung von Lubmin in den Berliner Raum transportieren zu können.

Das Planfeststellungsverfahren für den erhöhten Leitungsdurchmesser ist abgeschlossen. Offen ist hingegen die Trassenführung im Bereich der Lubminer Heide, für den im ursprünglichen Planfeststellungsbeschluss ein sog. „Entscheidungsvorbehalt“ festgelegt wurde. Auf Forderung der EWN sollte die Leitung in einem Sicherheitsabstand von 900 m vom ehemaligen Zwischenlager für Abgebrannte Brennstäbe (ZAB) an der Grenze des B-Plan Gebietes 1 verlegt werden. Da das ZAB inzwischen beräumt ist, ist diese Forderung hinfällig. Der Verlauf der Leitung zwischen der Landstraße L 262 Lubmin-EWN und dem Hafen muss neu untersucht werden. Die Breite des Arbeitsstreifens für die Verlegung der NORDAL beträgt 14 m.

Die **Erdgasleitung NEL der Firma Wingas** dient der Weiterleitung russischen Erdgases von Lubmin nach Achim, Niedersachsen. Ihr Durchmesser beträgt 1200 mm. Zur Verlegung wird im Wald ein Arbeitsstrei-

fen von 30 m Breite benötigt. Das Raumordnungsverfahren ist eingeleitet.

Die **Erdgasleitung OPAL der Firma Wingas** führt mit einem Durchmesser von 1400 mm von Lubmin nach Süden bis nach Olbernhau im Erzgebirge. Nähere Einzelheiten zu dieser Leitung sind z.Zt. nicht bekannt. In Analogie zur Leitung NEL ist anzunehmen, dass die Breite des Arbeitsstreifens ebenfalls 30 m betragen wird.

Unklar ist derzeit, ob für den Transport des Gases von der Ostseepipeline zum geplanten Erdgas-Untergrundspeicher bei Moeckow eine der o.g. Leitungen genutzt werden kann oder ob eventuell noch eine fünfte Leitung erforderlich wird.

Im Bereich der Lubminer Heide sollen somit vier bis fünf Leitungen von der Anlandestation der Ostseepipeline bzw. von den Gaskraftwerken nach Kreuzung des Hafens in dem sog. Waldabstandsstreifen, einem waldfreien Areal an der Grenze des B-Plan-Gebietes verlegt werden. Ab dem Erreichen der L262 erfolgt die Verlegung dann beiderseits entlang der Straße in Richtung Lubmin. Die Breite des Waldabstandsstreifens soll nach Forderung des Landesforstamtes M-V 30 m betragen. Es ist zu bezweifeln, dass diese Breite für bis zu fünf Leitungen ausreichend ist. Entlang beider Seiten der Landstraße müssen in jedem Falle ausreichend breite Trassenschneisen abgeholzt werden. Je nach Verlegungstechnologie können somit für die Gasleitungstrassen im ungünstigsten Fall bis zu 25 ha Wald fallen.

Da für das Seebad Lubmin die Erhaltung des Küstenwaldes mit seiner Erholungsfunktion für den Tourismus von großer Bedeutung ist, halten wir es für dringend erforderlich, den Trassenverlauf unter Nutzung bestehender Hochspannungstrassen zu verändern und für alle vier Trassen ein einheitliches Raumordnungs- und Planfeststellungsverfahren durchzuführen. Nur so kann verhindert werden, dass die Lubminer Heide zusätzlich zu den schon bestehenden Hochspannungstrassen durch weitere Schneisen zerstückelt wird.

Kanzlerin will bei G8 Klimaschutz-Beschlüsse durchsetzen

Auf der EU-Ratssitzung am 9.3.2007 unter der Präsidentschaft von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat sich die Europäische Union auf entschlossene Maßnahmen zur Bekämpfung des Treibhauseffektes festgelegt. Bis zum Jahre 2020 sollen die CO₂-Emissionen um 20% sinken und der Marktanteil erneuerbarer Energien auf 20% anwachsen. Diese Zielmarken gehen wesentlich über die bisher im Rahmen des Kyoto-Protokoll eingegangenen Verpflichtungen hinaus.

Angesichts der fortschreitenden Erderwärmung will die Kanzlerin auch auf dem G8-Gipfel im Juni konkrete Beschlüsse zum Klimaschutz durchsetzen. Um dies zu erreichen, sollte im Mai ein Vorbereitungstreffen zu technischen Fragen anberaumt werden, sagte Merkel nach ei-

nem Treffen mit dem britischen Premierminister Tony Blair am 13.2.2007 in Berlin.

Die sieben wichtigsten Industriestaaten (G7) und Russland sollten bei dem Gipfel im Juni in Heiligendamm darauf hinwirken, dass die Erderwärmung in den kommenden Jahrzehnten auf maximal zwei Grad beschränkt werde. „Das ist eine wichtige, von den Wissenschaftlern gesetzte Marke. Daran sollten wir uns halten“, sagte die Kanzlerin. Nach mittlerweile nahezu übereinstimmender Ansicht der internationalen Wissenschaft darf die Erderwärmung gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter höchstens um diesen Wert steigen. Ansonsten erwarten die Experten eine katastrophale Entwicklung des Klimas auf dem Planeten.

Nach den Vorstellungen von Merkel sollen an der Ostsee die Voraussetzungen für einen weltweiten Handel mit Emissionsrechten geschaffen werden. Dazu müsse zunächst versucht werden, ein Preissystem für den Aus-

stoß von Schadstoffen zu finden. Außerdem müssten Fragen des Technologietransfers in Länder wie China und Indien, aber auch Brasilien diskutiert werden, um dort den Schadstoffausstoß zu begrenzen.

Was kommt oben raus? Und unten?

Die Landesregierung will seit über einem Jahr, dass am Standort Lubmin ein Steinkohlekraftwerk mit einer Leistung von bis zu 2475 Megawatt errichtet wird, das 2012 in Betrieb gehen soll.

Die Aussagen zur Ökologie und zukunftsfähigen Energieversorgung in der Region OVP sind nicht mehr vorrangig. Dafür soll das geplante Steinkohlekraftwerk nach Pressemitteilung von DONG energy „eines der modernsten und technisch ausgereiftesten seiner Art in Europa“ sein. In der EU und in der BRD gibt es aber Entwicklungsprogramme für zukünftige Gas- und Dampfkraftwerke (GuD) in Kombination mit der Vergasung fossiler Brennstoffe (z. B. Steinkohle), die die Schadstoffe vor der Verbrennung abtrennen.

Die Emissionen des Kraftwerkes lassen sich im Wesentlichen in die drei Kategorien Luft, Lärm und Wasser einteilen. Einen gewissen Aufschluss darüber vermitteln die Unterlagen, die der kraftwerkserfahrene Investor beim Scoping-Termin vorgelegt hat, mit dem das Planfeststellungsverfahren eingeleitet wurde.

Luft

Die nachstehende Tabelle fasst die zu erwartenden Luftemissionen **pro Kraftwerksblock** zusammen.

Schadstoff	Menge	Gefährdungspotential
NO _x	263,4 kg / h	Versauerung Boden+Wasser, Atemgift, Ozonbildner
SO _x	447,8 kg / h	Versauerung Boden+Wasser
CO ₂	5 Mio t / Jahr	Treibhauseffekt
		Versauerung Boden, Wasser
Staub,	44,8 kg / h	
Quecksilber	67g / h	Schwermetall

Die Angaben bezüglich Quecksilbers hängen stark von der verwendeten Kohle ab. Der Investor hat bereits erklärt, man schätze den Standort am Wasser, weil man so weltweit die billigste Steinkohle heranschaffen könne. Steinkohle, das ist ein fossiler Festbrennstoff mit einem Heizwert von 27-32,7MJ/kg (Megajoule pro Kilogramm). In den Scoping-Unterlagen wird von einem mittleren Heizwert der Kohle von unter 25MJ/kg ausgegangen. Ein Schelm, wer Braunkohle dazu sagt. Grundsätzlich kann bei den meisten Kohlen davon ausgegangen werden, dass typischerweise pro Tonne Kohle jeweils 1kg der meisten „handelsüblichen“ Schwermetalle enthalten sind, beispielsweise Blei, Arsen, Cadmium etc.

Die Ausbreitung von Schadstofffahnen in der Luft ist stark abhängig von den jahreszeitlich unterschiedlichen Wetterlagen und den Windrichtungen. Bei überwiegen-

dem Westwind sind die Naturräume und die Ortschaften östlich Lubmins und die Insel Usedom betroffen. Das spezifische Küstenklima in der Region Greifswald-Lubmin-Usedom weist aber auch andere Wetterphänomene auf, wie Perioden mit östlicher Luftströmung oder stabile Hochdrucklagen oder Küstennebel, dann mit dem Seebad Lubmin im Zentrum der Schadstoffbelastung.

Wasser

Im Bereich Wasser ist eine Erwärmung des Boddens zu gewärtigen. Die Wärmeleistung beträgt ca. 1100 MW pro Kraftwerksblock. Bei zwei bis drei Blöcken ergäbe sich eine Wärmeemission, die nach früheren Erfahrungen deutliche Biotopveränderungen im Bodden hervorzurufen vermag. Sie addiert sich zu den Auswirkungen des Treibhauseffektes, der in unseren Breiten bereits mit 0,6°C zu Buche schlägt. Schlussendlich muss man damit rechnen, dass in Lubmin als Anlandepunkt der Ostseepipeline zwei Gaskraftwerke errichtet werden, die wiederum jeweils 800 MW thermischer Leistung in den Bodden spülen würden.

Das Kühlwasser flösse durch den auf Hafensterke saniereten Kühlwasserkanal erheblich langsamer als zu Bruno Leuschners Zeiten. Der Scoping-Bericht vermerkt dazu:

„Hierdurch besteht ... die Gefahr, dass die thermohaline Schichtung relativ weit in den Kanal eindringt ... Dies hätte ggf. die Konsequenz, dass der Sauerstoffaustausch bodennahen Wassers ... unterbunden wird - verbunden mit allen nachteiligen biologischen Konsequenzen ... bis hin zur Geruchsbelästigung infolge von H₂S-Entwicklung.

Es muss davon ausgegangen werden, dass das Phänomen besonders dann auftreten wird, wenn die Fließgeschwindigkeit noch stärker reduziert wird, wenn also nur zwei von drei Kraftwerken arbeiten oder Leistungsreduktionen ... vorgenommen werden.“

Die meisten Kraftwerke müssen Biozide einsetzen, um ihre Leitungen frei von Algen, Muscheln, Kleinkrebsen etc. zu halten. Daraus resultiert, dass das Kraftwerk auch eine chemische Belastung der Boddengewässer darstellen wird. Angaben über die Wahl der Mittel liegen derzeit nicht vor, werden aber mit Spannung erwartet.

Abfälle

Bei der Verbrennung der Kohle anfallende Asche besteht vor allem aus Oxiden und Karbonaten diverser Metalle (z. B. Aluminium, Calcium, Eisen, Mangan, Phosphor, Kalium, Silizium, Natrium), Anteil und Zusammensetzung hängen von Herkunft und Qualität der Kohle ab. Kohle aus Australien z. B. kommt zum Teil aus Lagerstätten mit niedrigerem Heizwert, dafür aber stark erhöhten Clarke-Werten (Schwermetallgehalte in Gramm pro Tonne) z.B. für Vanadium, Nickel, Kobalt, Blei, Arsen, Cadmium,

Quecksilber. Auf Grund der Lagerstättengeologie haben Steinkohlen auch unterschiedlich erhöhte Radioaktivität. Die Aschen müssen vor Verwehung und Auswaschung geschützt gelagert und entsorgt werden. Die Scoping-Unterlagen haben für die Asche einen besonderen Vorschlag auf Lager:

„Die Kesselbodenasche kann auch in die Feuerung rückgeführt und danach gemeinsam mit der Flugasche entsorgt werden.“

In Steinkohlekraftwerken werden bei schwankender Kohlequalität zur Erreichung des geplanten Wirkungsgrades - für das Steinkohlekraftwerk in Lubmin nennt der Scoping-Bericht 43,7% netto - mitunter Sonderabfälle mit hohem Heizwert (z. B. chemische Abfälle) verbrannt, wobei Schadstoffe wie Dioxine und Furane entstehen. Dieses Gefährdungspotential ist gesondert zu betrachten.

Stoffinventare

Nebst der 560.000t Steinkohle, ausreichend für 4 Wochen Dauerbetrieb, muss das Kraftwerk eine Reihe von Betriebs- und Abfallstoffen lagern. Nennenswert sind dabei Ammoniakwasser für die Rauchgasreinigung (300m³ pro Block), Kalksteinmehl für die Rauchgasentschwefelung (4500m³ pro Block) sowie Heizöl zum Warmhalten und Anfahren des Kraftwerkes (10000m³ pro Block). Der

bei der Rauchgasentschwefelung entstehende Gips und die Kesselbodenasche (sofern sie nicht mit der Flugasche „entsorgt“ wird) werden in Silos (3000m³ bzw. 1500m³ pro Block) gesammelt. All diese Substanzen müssen havariesicher gelagert werden. Der bei einem Unfall in den flachen Boddengewässern denkbare Schaden könnte beträchtlich sein.

Was bedeutet das alles unter dem Strich? Wenn 2012 das Kraftwerk in Betrieb gehen sollte, werden wir nicht am nächsten Tag erstickt über dem Gartenzaun hängen. Das ändert aber nichts daran, dass dieses Projekt

- mit seinen Emissionen und Gebäudehöhen den B-Plan sprengt,
- Mecklenburg-Vorpommern als Gesundheitsland disqualifiziert,
- das Lubminer Seebad zur Makulatur macht,
- den Ruf Usedom's beschädigen wird,
- der gegenwärtigen Klimadebatte Hohn spricht,
- die benachbarten Naturschutzgebiete beeinträchtigt und
- **beim besten Willen nicht in unsere Region passt!**

Und was geschieht anderswo?

Deutschlandweit stehen derzeit ca. 30 Projekte zum Bau neuer Kohlekraftwerke zur Diskussion. Die Platitüde vom Standortvorteil und ungeprüft nachgebetete Prognosen über den kommenden Arbeitsplatzsegen sichern jedoch nicht überall so leicht ein wie im Kreistag Ostvorpommern (OZ 7.3.2007).

Dort hatte die Fraktion der Grünen eine Beschlussvorlage eingebracht, die sich kritisch mit dem Projekt für ein Steinkohlekraftwerk in Lubmin auseinandersetzte. Diese Vorlage wurde vom Plenum im Verlauf der Debatte weitgehend entschärft. Für eine Ablehnung des Vorhabens befand man den Zeitpunkt zu früh und will statt dessen das Planungsverfahren abwarten. Von einer Enthaltung befangener Abgeordneter wollte die Versammlung genau so wenig wissen und strich die betreffende Passage aus dem Text.

Dass die Dinge nicht immer so laufen müssen, zeigt das Beispiel Rostock. Dort steht derzeit ein relativ neues Kraftwerk mit ca. 650 MW Leistung. Den Bau eines zweiten Blockes - funkelnelneuen und daher hochmodern -

lehnte man dankend ab. Schlechte Erfahrungen mit Kraftwerken?

Ähnliches vollzog sich nun in Krefeld. Dort stimmten die Gemeindevertreter von CDU, SPD und Grünen gemeinsam gegen die Errichtung eines 800 MW-Kraftwerkes (WELT, 8.3.2007). Standort wäre der Chemiepark der Bayer AG geworden, sicher kein Ausnahmebiotop und schon gar kein Touristenparadies. Der Bürgermeister Gregor Kathstede, CDU, soll das Wort „Dreckschleuder“ gebraucht haben.

Am 9.3.2007 konnte man in der Zeitung lesen, dass die Bürgermeister von acht Rügauer Gemeinden sich in einem offenen Brief an den Wirtschaftsminister gegen den Bau des Lubminer Steinkohlekraftwerkes ausgesprochen haben. Für den Fremdenverkehr befürchtet man Nachteile, sieht in Gefahr, was in vielen Jahren mühsam aufgebaut wurde.

Nun ist es Zeit für die Volksvertreter Usedom's, ihr Rückgrat zu beweisen ...

Achtung: Osterspaziergang 7.4.07 um 10:30, Startpunkt Freester Straße, Ortsende Lubmin, anschließend Kundgebung gegen Kraftwerkspläne mit prominenten Rednern

BI „Zukunft Lubminer Heide“ e.V, c/o Fritz-Reuter-Weg 15, 17509 Lubmin
Vorsitzender: Dr. Michael Drevlak, stellv. Vors.: Timo Hammann, Kassenwart: Bärbel Rahn
Telefon: 03 83 54 / 22911, Email: vorstand@lubminer-heide.de
<http://www.lubminer-heide.de/>
